



Antrag

der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, Bündnis90/Die Grünen sowie des SSW

Umsetzung der "Potsdamer Erklärung" zur Bahnreform

Der Landtag wolle beschließen:

- Die Erwartungen an die Bahnreform hinsichtlich der prognostizierten und geplanten Marktanteile des Schienenverkehrs sind bisher nicht realisiert worden. Daher besteht die Notwendigkeit, u.a. die Attraktivität der Verkehrsangebote zu steigern.
Im Mittelpunkt der Qualitäts- und Leistungssteigerung des Schienenpersonennahverkehrs sollen dabei neben Sicherheit und Pünktlichkeit auch Erreichbarkeit, Anschlusssicherheit, Sauberkeit sowie Information und Betreuung für den Kunden zu kostengünstigen Tarifangeboten stehen.
Bei Ausschreibungen und Bestellungen von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr sollen durch die Länder angemessene Qualitätsstandards vorgegeben und Anreize für die Verkehrsunternehmen zur Verbesserung der Qualität geschaffen werden.
- Die Verabschiedung des novellierten Regionalisierungsgesetzes durch den Bundesrat wird begrüßt. Die vom Bund übertragenen Mittel sind im Sinne des Regionalisierungsgesetzes einzusetzen.
- Die Bevölkerung darf durch Einsparungen der DB AG im Fernnetz und die durch die komplette Abschaffung der Interregios 2004 betroffenen Regionen nicht beim Leistungsangebot der Bahn schlechter gestellt werden. Der Landtag sieht den Bund in der Pflicht, im Interesse des Allgemeinwohls eine angemessene Versorgung zu gewährleisten und die entsprechenden Finanzierungsmittel den Ländern zu übertragen.
- Es muss zu einer Trennung von Netz und Betrieb kommen, wobei die Einrichtung einer unabhängigen Trassenagentur zur Herstellung und Sicherung eines diskriminierungsfreien Zuganges als sinnvoller Zwischenschritt erachtet wird.
- Vom Bund wird erwartet, im Interesse einer anforderungsgerechten und kostengünstigen Gestaltung des Infrastrukturbetriebes von regionalen Netzen,

geeignete Rahmenbedingungen für deren Übernahme durch die Länder und andere Gebietskörperschaften zu schaffen.

Der Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom 23./24.04.2002 in Berlin wird unterstützt, insbesondere wird die DB AG aufgefordert, ein kurz- und mittelfristiges Bau-, Finanzierungs- und Betriebskonzept vorzulegen, um einen kostengünstigen Infrastrukturbetrieb der Regionalnetze bei mindestens gleichbleibender Qualität und Kapazität zu erlangen.

Die DB AG wird zudem aufgefordert, den Ländern im Rahmen von Modellprojekten die Übernahme der regionalen Infrastruktur in eine regionale Betreiber-schaft nach Vorschlag des jeweiligen Landes zu ermöglichen.

Insbesondere sollte – auch im Rahmen von Pachtmodellen – die Bundesfi-nanzierung für notwendige Ausbaumaßnahmen weiter gewährleistet werden.

Begründung:

Die oben aufgeführten Grundsätze sind beim „Länderübergreifenden Erfahrungsaus-tausch zum Themenkomplex Deutsche Bahn AG“ am 22.05.2002 in Potsdam von Parlamentariern verschiedener Länderparlamente beschlossen worden. Damit diese Grundsätze ihre Wirkung entsprechend entfalten können, müssen sie durch die je-weiligen Landesparlamente beschlossen werden.

Gerhard Poppendieker
SPD-Fraktion

Uwe Eichelberg
CDU-Fraktion

Christel Aschmoneit-Lücke
FDP-Fraktion

Karl-Martin Hentschel
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lars Harms
für die Abgeordneten des SSW